

Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

Juni – Juli – August 2009

Inhalt

SPD im Spannungsfeld.....	M. Arndt.....	2
Migrationspolitik weiter gedacht.....	K. U. Benneter.....	3
Europawahl? Richtungswahl!.....	M. Rackles.....	4
Nachgefragt: Dagmar Roth-Behrendt.....	K. Spychalski.....	5
Günther Schulze ausgezeichnet.....	Lutz Ihlenburg.....	8
Steuerhinterziehung als Wahlkampfthema.....	A. Linde.....	9
Termine unter	http://www.spd-suedwest.de/termine	
KDV zum Regierungsprogramm	I. Czyborra	17
Gedenken.....		19
Gemeinsames Positionspapier SPD/DGB	S. Klähn	19
100 Tage Obama	H. Thärichen, N. Siewert	20
Gratulation		22
Frauen bevorzugt	E. Neumann	23

SPD IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ERFOLGREICHER POLITIK UND INNERER ZERISSENHEIT

Die zweite Rot-Rote Koalition mit dem Senat von Klaus Wowereit befindet sich im Frühling 2009 in der Mitte der laufenden Wahlperiode. Erinnern wir uns: die erste Rot-Rote Koalition stand unter dem Motto „Wir bewegen Berlin“. Unsere Stadt war aufgrund der Haushalts- und Bankenkrise politisch bewegungsunfähig geworden. Überholte Denkweisen führten zu einer nicht mehr zukunftsfähigen Entwicklung. Trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen haben unsere Partei und unser Koalitionspartner „Die Linke“ Berlin erfolgreich bewegt. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 wurde die rot-rote Senatspolitik bestätigt. Die zweite Koalition Wowereit steht nunmehr unter dem Motto „Konsequent Berlin“. Auch hier können wir mit der Bilanz der ersten Hälfte der Legislaturperiode von Rot-Rot durchaus zufrieden sein. Vieles wurde neu angepackt oder ist mit neuen Akzenten weiterentwickelt worden. Unsere neuen Initiativen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik, die zusätzlichen Investitionen in der Bildungs- und Jugendpolitik und vor allem die Errichtung neuer weltstädtischer Infrastrukturen bilden die Potentiale auch einer neuen Kreativwirtschaft, die wiederum die Grundlagen für wirtschaftliche Innovationen und zukünftigen Wohlstand der Berlinerinnen und Berliner sind. Auch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird Berlin nicht wieder zurückwerfen. Wir haben

eine neue wirtschaftliche Grundlage für die Stadt geschaffen, die wettbewerbsfähig ist, sparsam mit Energie und Rohstoffen umgeht und immer neue Arbeitsplätze schafft. Es sind erfolgreiche Jahre für unsere Stadt.

Es könnte somit ein schöner Frühling 2009 für die SPD-Berlin sein. Aber seit den ersten Tagen im Mai geht es eher herbstlich im Berliner Abgeordnetenhaus zu. Der Grund ist, dass eine Dame aus der Fraktion urplötzlich, ohne nachvollziehbare Argumente und ohne Vorwarnung unsere Partei verlassen hat. Sie ist zu Bündnis90/Die Grünen gewechselt. Nicht einmal strategisches Denken kann bei ihr unterstellt werden, denn sie hat mit ihrer Aktion die politische Option für eine Rot-Grüne Koalition und damit die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Inhalte erschwert. Vielmehr hat sie sich einer dümmlichen Jamaika-Philosophie untergeordnet. So sehen dies jedenfalls viele in unserer Partei. Trotz dieser negativen Entwicklung im Frühling 2009 sollten wir den Kopf oben behalten und politisch klug handeln. Rot-Rot hat, erstens, weiter die Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus und sollte seine erfolgreiche Politik fortsetzen. Zweitens sollte nicht mit Zorn agiert werden, sondern mit kühlem Kopf. Dies gilt insbesondere im Umgang mit Bündnis90/Die Grünen. Ich halte diese Partei weiterhin für eine sinnvolle Koalitionsoption. Und dies wird so bleiben und nicht nur für die Zeit bis zur Bundestagswahl. Politische Eitelkeiten führen in die Sackgasse.

MICHAEL ARNDT
Kreisvorsitzender

MIGRATIONSPOLITIK WEITER GEDACHT

Ungefähr ein Fünftel der Menschen, die heute in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern leben, haben eine Migrationsgeschichte. Das sind fast 16 Millionen Menschen! Deutschland ist ein Einwanderungsland. Was die CDU/CSU seit Jahrzehnten in kollektiver Realitätsverweigerung leugnet, haben wir Sozialdemokraten längst begriffen. Und wir haben erkannt: Was für eine Herausforderung – was für eine Chance!

Die Politik steht vor zwei Aufgaben: Einerseits Zuwanderung zu steuern, ohne die humanitären Verpflichtungen zu vernachlässigen, und andererseits die Integration der Migrantinnen und Migranten als Daueraufgabe für Politik und Gesellschaft zu begreifen. Diese Anstrengungen haben wir unter dem Stichwort einer kohärenten Migrationspolitik zusammengefasst. Wir wollen die wirtschafts-, entwicklungs-, sozial- und sicherheitspolitischen Erwägungen miteinander verknüpfen, um für Menschen verschiedenster Herkunft in Deutschland eine gemeinsame Zukunft zu ermöglichen.

Deutschland ist eine Exportnation. Um weiter international konkurrenzfähig zu bleiben, brauchen wir hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Deutschland hinkt auf diesem Gebiet hinterher. Hier müssen wir nachlegen, mit der verstärkten Anerkennung von Abschlüssen aus Nachbarländern oder einer weiteren Reduzierung der rechtlichen Zuwanderungshindernisse. Dazu brauchen wir eine enge Abstimmung mit unseren europäischen Partnern. In Zeiten offener Grenzen

und eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes darf Migrationspolitik keine rein nationale Angelegenheit mehr sein. Für uns Sozialdemokraten heißt das aber auch: Die Entsendung von Arbeitskräften, der gemeinsame europäische Markt und die Dienstleistungsfreiheit dürfen nicht zum Abbau von Arbeitnehmerrechten oder zu Lohndumping führen.

Deutschland wird älter. Seit Jahren bleibt die Geburtenrate hinter der der Sterbefälle zurück. Die langfristigen Folgen sind dramatisch: Landstriche veröden, den sozialen Sicherungssystemen fehlen die Beitragszahler, das Innovationspotential der Unternehmen schrumpft. Migration ist ein Baustein, um Deutschland auch zukünftig Wohlstand zu sichern.

Wir müssen Kettenduldungen vermeiden. Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz war dazu ein erster Schritt. Mit der sogenannten Altfallregelung aus dem Jahr 2007 konnte zudem schon für über 50.000 Geduldete ein Bleiberecht geschaffen werden. Dennoch wissen wir um die damit verbundenen praktischen Probleme, gerade im Hinblick auf das Erfordernis der gesicherten Existenz in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Wir wollen, dass die Einwanderer Deutschland als ihre Heimat wahrnehmen. Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Unverzichtbar dafür ist eine gemeinsame Sprache. Nur wer ausreichend deutsch spricht, kann am gesell-

schaftlichen Leben und an den gebotenen Bildungs- und Ausbildungschancen teilnehmen.

Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern die kulturellen Unterschiede als Möglichkeit von neuer Gemeinsamkeit begreift. Das haben wir Sozialdemokraten in unserem Wahlprogramm noch einmal klar herausgestellt.

Viele Fehlentwicklungen sind Folge einer inkonsequenten und zögerlichen Integrationspolitik der CDU/CSU, die nicht zurückschreckt, Migrantinnen und Migranten im Wahlkampf für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Erst langsam setzt sich dort die Erkenntnis durch, welche für uns Sozialdemokraten längst selbstverständlich ist: Migration ist ein Schlüssel für Deutschlands Zukunft.

KLAUS UWE BENNETER, MdB

EUROPAWAHL? RICHTUNGSAHL!

WARUM ES LOHNT, WÄHLEN ZU GEHEN
UND WAHLKAMPF ZU BETREIBEN

Die einen nennen es Testwahl für die Bundestagswahl, die anderen Richtungswahl. So oder so: Es geht um etwas am 7. Juni 2009, wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Ob wir uns die Themen Energie(wende)/ Atomenergie, Klimaschutz, Migration, Datenschutz, Daseinsvorsorge, Gesundheitsdienstleistungen, Arbeitnehmerrechte, Gleichstellung/ Antidiskriminierung oder Verbraucherschutz vornehmen: Es macht für die Politik der kommenden Jahre einen erheblichen Unterschied, ob die EP-

Mehrheit sozialdemokratisch oder konservativ dominiert ist.

Mit den zunehmenden Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der zunehmenden Reichweite seiner Entscheidungen geht aber leider umgekehrt proportional eine sinkende Wahlbeteiligung einher. Weniger als 40% sind 2004 in Berlin zu den Wahlen gegangen; die Zahlen waren in unserem Bezirk zwar besser, aber mit 49% immer noch nicht befriedigend.

Das Ziel der SPD Steglitz-Zehlendorf muss das der Landespartei sein: Jeder Prozentpunkt mehr an Wahlbeteiligung ist ein Gewinn, allgemein für die demokratische Legitimation des EP und konkret für uns, da wir 2004 mit 19% der Stimmen im Bezirk unser Potential bei weitem nicht ausgeschöpft haben. Das Wahlergebnis stand damals auch stark unter dem negativen Eindruck der Agenda 2010 und Wahlenthaltungen in der Stammwählerschaft. Dieses Jahr ist durch einen engeren Schulterchluss mit den Gewerkschaften und einem dezidiert sozialeren Profil der Bundes-SPD mit einer relevant höheren Mobilisierung zu rechnen.

Es ist daher nicht nur erfreulich, sondern von strategischer Bedeutung, dass DGB und SPD-Präsidium am 5. Mai in Berlin ein gemeinsames Positionspapier unter dem Titel „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“ vorgelegt haben. Wir wollen mit den Gewerkschaften ein anderes Europa als die Konservativen und Liberalen, die aktuell mit Bremschaum aber immer noch deutlich in Richtung Deregulierung, Privatisierung und Neoliberalisierung marschieren.

Neben diesen abstrakten politischen Begründungen ist es aber auch erforderlich, das heutige Europa und dessen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar zu machen. In Steglitz-Zehlendorf müssen wir da nicht weit laufen: Neben Forschungsgeldern für die Universität sind es große Projekte, wie energetische Grundsanierung des Großen Tropenhauses im Botanischen Garten (immerhin 4,8 Mio. € EU-Förderung), aber auch kleinere EU-Projekte wie die Ausbildungsbrücke (Förderung ehrenamtlicher Ausbildungs-paten) oder der ERASMUS-Austausch für die Studierenden an der FU. Europa lohnt sich also; auch für unseren Bezirk und seine Bürgerinnen und Bürger.

Aber nochmals: Es geht um eine Richtungswahl. Die aktuellen großen Fragen, die sich alle nicht mehr auf nationaler Ebene beantworten lassen, harren auf europäischer Ebene einer Antwort, die so oder so ausfallen kann:

- **Energie, Klima:** Ausbau Atomkraft oder Substitution durch regenerative Energien?
- **Wirtschaft, Steuern:** Vertrauen in den freien Markt und freiwillige Regelungen oder aktiver Staat und Regulative Ansätze (z. B. Finanzmarkt) wo nötig?
- **Migration:** Restriktive Ansätze und Abwehr oder eine europäische Migrations- und Entwicklungspolitik, die bei den Ursachen von Migration und nicht bei ihren Folgen ansetzt.
- **Arbeit, Soziales:** Wettbewerb der Standards und Löhne nach unten oder europäische Mindestnormen und Mindest-

löhne?

Wir sollten die Zeit nutzen und für unsere Antworten werben. Und eine bezirkliche Wahlbeteiligung über 50% sowie ein SPD-Ergebnis über 25% anstreben. Weitere Informationen zum SPD-Europawahlkampf unter <http://www.spd.de/de/politik/europa>, zur Berliner Europapolitik unter <http://www.berlin.de/EU>. Uns allen viel Erfolg!

MARK RACKLES, Landeskassierer
Leiter Europareferat Senatskanzlei

NACHGEFRAGT:

DAGMAR ROTH-BEHRENDT

Geb. 1953 in Frankfurt/Main; Rechtsanwältin, MdEP seit 1989. Zahlreiche Funktionen, derzeit Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur Reform des Europäischen Parlaments. Am 7. Juni steht sie erneut zur Wahl. Näheres auf

<http://www.DagmarRothBehrendt.de>

Frage: Am 7. Juni sind Wahlen zum Europäischen Parlament (EP). Die Wahlbeteiligung dürfte wiederum zu wünschen übrig lassen. Wie kann dem entgegenge-wirkt werden?

Antwort: Wir wollen mal nicht schon vor Beginn der Wahl wegen der Wahlbeteiligung schwarzmalen, aber es stimmt, dass die Wahlbeteiligung 2004 in Deutschland bei den Wahlen zum EP mit 43% (38,6% in Berlin) äußerst dürftig war. Das EP hat großen Einfluss auf unseren Alltag und deshalb ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, zur Wahl zu gehen und dann auch SPD zu wählen!

In dem Europamanifest unserer Partei wird die Wahl als eine Richtungsentscheidung bezeichnet. Was heißt das?

Richtungsentscheidung bedeutet, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, ob es – wie bisher – eine konservativ-liberale oder – wie hoffentlich nach der Wahl – eine sozialdemokratisch-linken Mehrheit im Europäischen Parlament gibt. Das wird bei Entscheidungen zum sozialen Europa entscheidend sein. Wichtig sind hier der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Mutterschutzregelungen, Mitbestimmung und Antidiskriminierung. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Auch die Bewältigung der Finanzkrise wird uns beschäftigen und auch hier sind wir es, die darauf achten werden, dass der jetzt eingeschlagene Weg von mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte nicht in 3 Monaten wieder vergessen ist.

Das Europa-Parlament hat 785 Mitglieder. Wie viele davon entfallen auf Deutschland? Wie ist die Zusammensetzung nach Parteien? Was ist die SPE?

785 Mitglieder wären es nur gewesen, wenn der Vertrag von Lissabon bereits in Kraft wäre. Da der Vertrag von Lissabon noch nicht überall ratifiziert ist, wird die Sitzverteilung nach dem aktuellen Vertrag von Nizza vorgenommen. Danach wird das 7. Europäische Parlament 736 Sitze haben, von denen 99 auf Deutschland entfallen. Wie die zwischen den deutschen Parteien verteilt werden, hängt vom Wahlergebnis am 7. Juni 2009 ab. Das Ergebnis der SPD in Deutschland hat

großen Einfluss auf die Größe der SPE-Fraktion. Das ist die Fraktion der Sozialisten/Sozialdemokraten Europas, in der die Parteien der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteienfamilie aus dann hoffentlich allen 27 Mitgliedsstaaten vertreten sind.

Gibt es ein EU-einheitliches Wahlrecht oder gelten in den einzelnen Staaten unterschiedliche Regelungen?

In allen EU-Staaten gilt das Verhältniswahlrecht. Spannend ist, dass die Wahlen in der EU zwischen dem 04. und 07. Juni 2009 stattfinden. Das liegt an den verschiedenen Traditionen in den Mitgliedsstaaten. So wird in den Niederlanden und in Großbritannien am Donnerstag gewählt, in der Tschechischen Republik sogar an zwei Tagen. In Deutschland traditionell am Sonntag, also am 7. Juni 2009.

Die Europäische Union besteht seit Anfang 2008 aus 27 Staaten. Weitere Staaten auf dem Balkan, aber auch die Ukraine und Georgien, haben Beitrittsambitionen. Wie stehst Du zur Erweiterung?

Die Erweiterungen der Europäischen Union in der Vergangenheit haben dazu geführt, dass Frieden und Wohlstand immer größere Teile Europas erreicht haben und sind damit Teil der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union. Für neue Erweiterungen gelten jedoch unverändert die Kopenhagener Kriterien, nach denen das Beitrittsland Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten garantieren muss, um Mitglied der Europäischen Union werden zu können. Diese Kri-

terien sind der Maßstab für alle weiteren Verhandlungen!

Prinzipiell kann es aber keine Erweiterung geben, solange der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft getreten ist oder eine ähnliche Regelung für die Arbeit und Zusammensetzung der Institutionen gefunden wird, die die Handlungsfähigkeit der EU sicherstellt.

Der bislang an der Ablehnung Irlands gescheiterte Lissabon-Vertrag sieht u. a. vor, die Rechte des Europa-Parlaments zu stärken. Weshalb bleibt ihm eine allumfassende Kompetenz verwehrt? Was würde sich gegenüber dem gegenwärtigen Zustand verbessern?

Der Vertrag von Lissabon würde in der Tat eine Stärkung des Europäischen Parlaments nach sich ziehen. Es wäre dann endlich in fast 100% der Fälle gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Ministerrat, in dem die Regierungschefs bzw. Fachminister der nationalen Regierungen vertreten sind. Damit hätte die einzige von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Institution der EU in allen Bereichen demokratische Beteiligungsrechte.

Das Europa-Parlament hat – ähnlich wie die Bundesregierung – einen Doppelsitz: Brüssel und Straßburg. Erschwert und verteuert dieser Umstand die parlamentarische Arbeit?

Beides! Darum bin ich mit den meisten Abgeordneten einer Meinung, dass Brüssel als Sitz des Parlaments sinnvoller, preiswerter und für die Arbeit viel praktischer wäre. Aber das lässt sich nur mit der Zustimmung Frankreichs ändern, denn

die Vereinbarung, 12 Sitzungen pro Jahr in Straßburg zu machen, ist Teil der Europäischen Verträge und daher nur einstimmig abzuändern. Frankreich wird dem in absehbarer Zeit nicht zustimmen. Man muss allerdings auch bedenken, dass Straßburg als Parlamentssitz eine historische Bedeutung hat und ein Symbol für den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich ist. Dieser ist zugleich sowohl Grundlage als auch Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses!

In einigen Bereichen, wie Geld- und Währungspolitik, ist die EU überaus erfolgreich, in anderen bestehen erhebliche Defizite. Warum kommt die Vereinheitlichung z. B. der Steuern, der Arbeits- und Sozialgesetze, der Einwanderungsbestimmungen, des Umweltschutzes nur schleppend voran?

Beim Umweltschutz kann ich ganz und gar nicht erkennen, dass es schleppend voran geht, im Gegenteil. Der gesamte Umweltbereich in Deutschland unterliegt mittlerweile europäischer Rechtsetzung, und da haben wir einiges erreicht: Verbesserung der Trinkwasserqualität, Senkung der Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen, Abfallgesetzgebung, Emission von Kraftfahrzeugen, Luftreinhaltung und vieles mehr. Als ich 1989 ins Europäische Parlament kam, war an diese Möglichkeiten überhaupt nicht zu denken. Im Bereich der Steuern und des Arbeitsrechts ist noch einiges zu tun, aber es ist nicht zuletzt Deutschland, das einer Verlagerung der Kompetenzen zur Europäischen Union kritisch gegenüber-

steht. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade in der Steuerpolitik die Minister der Mitgliedstaaten auf Einstimmigkeit bestehen und nicht alle 27 Minister einer Harmonisierung, z. B. der Gewerbesteuer, zustimmen.

Der ehemalige bayrische Ministerpräsident Stoiber ist seit geraumer Zeit in Brüssel als Entbürokratisierungsbeauftragter tätig. Hast Du von seiner Arbeit schon etwas bemerkt?

Nein, rein gar nichts. Ich glaube, auch sonst niemand.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart, wie stark die einzelnen Mitgliedsstaaten noch immer in nationalen Kategorien denken und handeln. Wie kann die (wirtschafts-) politische Integration in der EU gefördert werden?

Stimmt, gerade im Bereich der Finanzpolitik könnte die Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten noch besser werden. Das Europäische Parlament hat es mit seiner konservativ-liberalen Mehrheit allerdings im Vorfeld der jetzigen Krise versäumt, die schon vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Unser Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz, hat im Namen unserer Fraktion schon vor anderthalb Jahren mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte gefordert und wurde dafür von Konservativen und Liberalen als „Stimme von gestern“ verspottet. Es zeigt sich jetzt, dass unsere Konzepte einer Kontrolle der Ratingagenturen, Begrenzung der Managergehältern

oder der Einführung einer Transaktionssteuer die richtigen sind. Dafür werden wir uns auch nach der Wahl einsetzen. Damit wir uns dann mit unseren Vorschlägen auch durchsetzen können, ist es wichtig, dass viele SPD wählen und wir als stärkste Fraktion eine Mehrheit im EP haben.

DIE FRAGEN STELLTE **KLAUS SPYCHALSKI**

**BERLINER INFODIENST MIGRATION:
GÜNTHER SCHULZE AUSGEZEICHNET**

Das von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründete bundesweite *Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt* wählt jedes Jahr im Wettbewerb *Aktiv für Demokratie und Toleranz* Initiativen und Projekte für vorbildliches, nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz als Preisträger aus.

2007/2008 gehört der „Berliner Infodienst Migration“ (BIM) zu den Preisträgern. Am 6. Mai konnte Günther Schulze seinen Preis entgegennehmen. Günther produziert das Blatt als Einzelperson mit hohem persönlichen Einsatz.

BIM ist ein sozialdemokratischer Newsletter, der Materialien zu migrationspolitischen Themen enthält. BIM richtet sich an alle, die in der Migrationsarbeit tätig sind. BIM steht für Gleichstellung ethnischer Minderheiten, gegen Diskriminierung und setzt sich für kulturelle Vielfalt, Völkerverständigung und internationale Solidarität ein.

LUTZ IHLENBURG

DIE NEUE POLITISCHE AGENDA: STEUER- HINTERZIEHUNG ALS WAHLKAMPFTHEMA

Mit einigen überraschend klaren Erkenntnissen wartet das neue SPD-Wahlprogramm auf. Entsprechend einhellig fiel das Lob auf der KDV vom 22.04.2009 aus. Offenbar hat man im Willy-Brandt-Haus unter der Führung des Duos Steinmeier und Müntefering begriffen, dass in Zeiten einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise der Schwenk zu klassischen sozialdemokratischen Inhalten die richtige Antwort auf die neuen Herausforderungen ist.

Ein stärkeres Profil ist nach den Kompromissen in der großen Koalition zudem dringend erforderlich, um eigenen Gestaltungswillen zu demonstrieren. Die Parteienforscher sind sich einig, dass die Krise der Volksparteien in ihrem tendenziell diffusen, ja beliebigen Erscheinungsbild begründet liegt. Umso wichtiger ist es auch für die Sozialdemokratie, sich auf Kernanliegen zu besinnen und sie der Öffentlichkeit zu vermitteln – damit klar ist, wofür wir stehen.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität: Die heutige Krise bietet genügend Anlass, sich auf diese Grundwerte zu besinnen. In einigen Politikbereichen zeigen sich bereits Konfliktlinien zum politischen Gegner, die jahrelang verdeckt lagen. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit wurde von handelnden Akteuren im Wesentlichen reduziert auf die Hilfe für Bevölkerungsgruppen mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Kurz gesagt, gab man sich damit zufrieden, für die eigene Klientel etwas zu tun, dies genügte. Die Hartz-Reformen

zeigen, dass man selbst diesem Ziel nicht immer gerecht wurde.

Vollkommen vernachlässigte man die gesamtgesellschaftliche Balance. Nur so ist erklärbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wurde und auch die ehemals „Neue Mitte“ mehr und mehr Einschränkungen hinnehmen musste. Die Großen hingegen ließ man laufen. Die Deregulierung der Finanzmärkte und die Beibehaltung eines ungerechten Steuersystems sind Beispiele hierfür.

Die aktuelle Tagespolitik zeigt hier eine Bewusstseinsänderung. Eine Facette der Steuerpolitik ist hierfür exemplarisch – der neue Kampf gegen Steueroasen. Die Steuergesetzgebung ist immer ein Indikator für Verteilungsgerechtigkeit und wirtschaftliche Machtverhältnisse eines Landes. Nicht nur die geltenden Grundprinzipien der Lastenverteilung sind in die Bewertung einzubeziehen, sondern auch die legalen Ausnahmen und Schlupflöcher. Und schließlich der Steuervollzug, also die Kontrolle und tatsächliche Praxis der Steuererhebung. Die hier bestehenden Defizite spielten in den letzten Jahren keine Rolle in der politischen Debatte.

Selbst die Steueroasen blieben nahezu ein Tabuthema. So war ein Antrag der Abteilung Zehlendorf auf Aufnahme der Forderung nach Bekämpfung der Steueroasen im „Hamburger Programm“ kein Selbstläufer – und blieb in diversen Antragskommissionen hängen.

Nun ist es ausgerechnet Peer Steinbrück, der mit Nachdruck auf Veränderungen dringt. Aus gutem Grund: Dem

(Fortsetzung auf Seite 17)

10 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

WAHLEN 2009

- So. 07.06. Europawahlen, Kommunalwahlen in sechs Bundesländern
- So. 30.08. Landtagswahlen Sachsen, Thüringen, Saarland
- So. 27.09. Bundestagswahlen, Landtagswahl Brandenburg

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler,
E-Mail: andreas-kugler@t-online.de;
Homepage: www.spd-steglitz.de.

ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand,
Homepage: www.spd-suedende.de

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz,

E-Mail: lichterfelde@martinmatz.de,

Homepage: www.spd-lichterfelde-west.de.

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND -SÜD

Vorsitzender: Georg Siebert;

E-Mail: Georg.Siebert@spd-online.de,

Homepage: www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de.

ABTEILUNG 5, LANKWITZ

Vorsitzender: Uwe Stäglin,

Homepage: www.spd-lankwitz.de.

12 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE

Vorsitzender: Hinrich Soehlke,

E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de,

Homepage: www.spd-krumme-lanke.de.

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD

Vorsitzender: David Scheffel,

E-Mail: davidscheffel@web.de,

Homepage: www.spd-zehlendorf-sued.de.

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen.

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF

Vorsitzender: Dr. Andreas Linde;

Homepage: www.spd-zehlendorf.de.

14 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 10, DAHLEM

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann,

Homepage: www.spd-dahlem.de.

AK LEBENSWERTE STADT

Irene Köhne, Detlev Ronnisch.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Vorsitzende: Eveline Neumann.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

Vorsitzende: Renate Krohm.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR MIGRATION

Vorsitzender: Günther Schulze,

E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de.

16 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Vorsitzende: Ingrid Reimann

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender: Wolfgang Kornau,

E-Mail wolfgang.kornau@t-online.de.

JUSOS

Clara Luhr (ClaraLuhr@GoogleMail.com),

Tom Christopher Pröstler (tcproestler@spd-zehlendorf.de)

Webpage <http://www.jusos-suedwest.org>.

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

- So. 31.05. 15:00 Karneval der Kulturen
Treffpunkt: Gneisenaustraße, Ecke Zossener Straße
- Do. 11.06. 20:00 Xian Zhang dirigiert das Konzerthausorchester. Musik von Ravel, Haydn, Takemitsu und Beethoven. Tickets ab 20 €. Konzerthaus Berlin, Gendarmenmarkt, 10117 Berlin.

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA (<http://www.michael-arndt.info>): Do., 15:30 – 16:30, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonische Vereinbarung: 833 50 04
 - Ulrike Neumann, MdA (<http://www.neumann-ulrike.de/>): bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41
-

(Fortsetzung von Seite 9)

deutschen Bundeshalt entgehen jährlich geschätzte 40 Milliarden Euro durch „unkooperative Steueroasen“. Der Verzicht auf Regulierung in den Offshore-Zentren hat im Übrigen die Krise des Bankensystems mit verursacht.

Lange genug hat die Staatengemeinschaft die wilden Auswüchse nur halbherzig bedauert. Erst 1998 erstellte die OECD eine Liste von Staaten, die sich bilateralen Abkommen auf Informationsweitergaben bei Steuerstraftaten verweigerten. Mit einem Gesetz zur Bekämpfung von schädlichen Steuerpraktiken und Steuerhinterziehung soll nun beispielsweise die steuerliche Absetzbarkeit von Werbungskosten in unkooperativen Staaten verhindert werden.

Lange sträubte sich die CDU, ehe sie der Vorlage in den Bundestag zustimmte. Wirkliche Erfolge wird man allerdings bei weiteren hartnäckigen Schritten erzielen. International sind Deutschland und Frankreich in diesen Fragen nicht allein, doch sitzen die Bremser bereits in den Nachbar-

ländern, auch innerhalb der EU: Die Aufnahme der Schweiz und Luxemburg auf eine „graue Liste“ durch die G-20-Staaten hat dort zu großer Verunsicherung und Wut geführt. Auch Großbritannien profitiert durch seinen Kron- und Überseebesitz. Die drastischen Worte Steinbrücks in dieser Auseinandersetzung belegen jedoch eine bisher nicht gekannte Schärfe und Entschlossenheit.

Sie sind auch ein Signal nach innen – für mehr Steuergerechtigkeit.

ANDREAS LINDE

KDV ZUM REGIERUNGSPROGRAMM

Am 22. April diskutierten wir den *Entwurf des Regierungsprogramms der SPD*. Die Einführung in die Diskussion zum Regierungsprogramm übernahm Nils Annen, der an der Erarbeitung des Entwurfes auf Bundesebene beteiligt war. Zusammengefasst: Es ist ein gutes Signal für den Wahlkampf und enthält Aussagen, mit denen man sehr gut Wahlkampf machen kann.

Natürlich war die Finanzkrise und ihre Ursachen ein grundlegendes Thema der gesamten Diskussion in der SPD-Spitze. Dabei musste die Analyse und Auseinandersetzung mit der neoliberalen Philosophie, die die Grundlage für Deregulierung und Privatisierung und die Entfesselung der Finanzmärkte und resultierenden Finanzblasen bildet, am Anfang stehen.

Die Jusos, vertreten durch die Bundesvorsitzende Franziska Droschel, bekunden ihre Zustimmung zum Entwurf und begrüßen den deutlichen Akzentwechsel. Es gibt deutliche Aussagen im Bereich der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit und Vermögensverteilung, der Bildungspolitik, der Regulierung der Finanzmärkte, der Gleichstellung und vieler zentraler Punkte. Veränderungen wären noch notwendig in den Bereichen der Vermögenssteuer, der Ablehnung der Schuldenbremse, der Steuersplittingfrage und anderer Probleme, für die man auf dem Parteitag noch kämpfen muss.

Trotzdem wurde klare Kritik geübt, unter anderem am Festhalten an der Public Private Partnership im Bereich der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Hier wird neoliberales Denken über die Krise hinaus getragen, einer Krise, die in der Diskussion auch als Zeitenwende bezeichnet wird.

Hervorgehoben wurden die positiven Aspekte zum Thema gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und Gleichstellungspolitik, die Forderung nach klaren gesetzlichen Maßnahmen für Frauen in Führungspositionen. Kritisiert wurde

die negative Bewertung des Raumes Stadt, statt eine positive Herangehensweise an Metropolenpolitik zu formulieren.

Als Problem im Wahlkampf wurde diskutiert, dass das Wahlprogramm zwar sehr gut sein mag, die Glaubwürdigkeit für den Bürger aber nicht unbedingt gegeben ist. Wie können die Menschen wieder Vertrauen in die SPD gewinnen, wenn die praktischen Erfahrungen, zum Beispiel im Tarifbereich, dem entgegenstehen? In diesem Zusammenhang ist der Umgang mit den eigenen Fehlern wichtig, wenn auch die Diskussion der Vergangenheit nicht am Infostand im Vordergrund stehen sollte. Eine ausgewogene Darstellung der Erfolge und der Fehlentwicklungen wird notwendig sein.

In der Diskussion über den *Berliner Akzent* – ein Beitrag der Berliner SPD zur Debatte – stellte sich heraus, dass es zum Thema eines gerechten Steuersystems offensichtlich teilweise unterschiedliche grundsätzliche und taktische Ansätze gibt. Zwar wurde die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten der Förderung aller Lebensgemeinschaften mit Kindern ebenso beschlossen wie die Ablehnung der Schuldenbremse in der aktuellen Form; die Wiedereinführung der Vermögensteuer verfehlte aber eine Mehrheit. Diese Diskussion ist zu vertiefen. Wenn wir eine Neubestimmung des Verhältnisses von Markt und Staat schaffen wollen, müssen wir auch die Frage der Finanzierung des Staates selbstbewusst, pointiert und nachvollziehbar angehen und erklären, auf welchem Weg wir welche Einkommen

WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN

Abt. 2: Charlotte Weitz, 92 Jahre, Mitgl. seit 1946

Abt. 4: Raymund Gradowski, 73 Jahre, Mitgl. seit 2002

Abt. 9: Volkmar Strauch, 66 Jahre, Mitgl. seit 1971

Eric Vaessen 86 Jahre, Mitgl. seit 1962

und Vermögen zur Finanzierung heranziehen wollen.

Zum ersten Mal wurde auch in einem erweiterten Kreis das Problem der Folgen des Wertausgleichs für die Kommunale Finanzierung in Steglitz-Zehlendorf diskutiert. Ein Thema, das uns in den nächsten Monaten intensiv beschäftigen wird und das Sprengkraft besitzt.

Auch wenn Vorbereitung und Organisation der KDV zu wünschen übrig ließen, war es doch eine inhaltlich gute Veranstaltung, die durchzuführen sich gelohnt hat und die einige Gliederungen zu Anträgen und alle Beteiligten zum Diskutieren und Nachdenken inspiriert hat. Die Einhelligkeit, mit der der Regierungsprogrammentwurf in seinen wesentlichen Zügen begrüßt wurde, wird uns die Wahlkämpfe des Jahres 2009 mit Selbstbewusstsein und Engagement bestreiten lassen.

INA CZYBORRA

FÜR EIN EUROPA DES SOZIALEN FORTSCHRITTS – DAS GEMEINSAME POSITIONSPAPIER VON SPD UND DGB

Dienstag, der 5. Mai 2009 – im DGB-Haus am Hackeschen Markt kann man in zufriedene Gesichter blicken. Sie gehören Andrea Nahles, Olaf Scholz und Martin Schulz, denen ein Coup im Europawahlkampf gelungen ist. Sie haben gerade zu-

sammen mit den Gewerkschaftsvorsitzenden Michael Sommer und Frank Bsirske das gemeinsame Positionspapier von SPD und DGB mit dem Titel „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“ der Presse vorgestellt. Der Grund für die Zufriedenheit liegt vielleicht nicht nur in dem gelungenen Schulterschluss mit den Gewerkschaften. Das Papier selbst ist erfreulich. Es stellt klare und streitbare Forderungen für ein soziales Europa und macht die Sozialdemokratie im Europawahlkampf unterscheidbar von den konservativen Parteien.

Anstoß für das Papier ist die Aushöhlung sozialer Grundrechte durch die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und die Untätigkeit von Teilen der europäischen Kommission. Zur Erinnerung: Obwohl der Gemeinschaftsvertrag die Bereiche Arbeitsentgelt, Koalitionsrecht, Streikrecht und Aussperrensrecht von seinem Anwendungsbe- reich ausschließt, hatte der EuGH in den Fällen „Laval“, „Rüffert“ und „Luxemburg“ entschieden, dass bestimmte nationale Regelungen, die die Sicherung guter Löhne zum Gegenstand hatten, europarechtswidrig seien. Sie seien nicht im Einklang mit der Entsenderichtlinie, weil sie den entsandten Arbeitnehmern mehr zusprachen, als die Richtlinie vorsähe. Für die Regulierung der Löhne entsandter

Arbeitnehmer seien nur die ausdrücklich vorgesehenen Mittel, nämlich Mindestlöhne und allgemeinverbindliche Tarifverträge, zulässig. Diese Auslegung der Richtlinie als Obergrenze überrascht, sieht sie doch ausdrücklich vor, dass sie nicht der Anwendung von für die Arbeitnehmer günstigeren Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen entgegenstehen solle. Es scheint, als habe der EuGH den Grundfreiheiten des Binnenmarktes den Vorrang vor den sozialen Grundrechten eingeräumt.

Unter anderem enthält das Papier vier konkrete Forderungen: Erstens, der Vorrang der sozialen Grundrechte soll im Primärrecht verankert werden. Dies soll durch eine soziale Fortschrittsklausel in Form eines rechtlich verbindlichen Protokolls zum Gemeinschaftsvertrag umgesetzt werden. Zweitens, zur Vorbereitung dieser Klausel sollen sich Europäisches Parlament, Kommission und Rat schon jetzt zum Vorrang der sozialen Grundrechte bekennen. Drittens soll in der Entsenderichtlinie klargestellt werden, dass sie wirklich Mindest- und nicht Höchststandards vorsieht. Viertens soll die Wahl des Kommissionspräsidenten und der übrigen Kommissionsmitglieder davon abhängig gemacht werden, dass sie sich in einer Vereinbarung zur Sicherstellung des sozialen Fortschritts in Europa bekennen.

Dass Europa sozial sein soll, hört man zur Zeit von allen Seiten. Sogar die CDU hat sich dazu hinreißen lassen, auf ihren Wahlplakaten eine soziale Marktwirtschaft zu fordern, die menschlich sein

soll. Dass steht ganz im Gegensatz dazu, wie die europäische Gemeinschaft gegenwärtig benutzt wird, soziale Standards in den Mitgliedstaaten einzuschränken und abzubauen. Dies ist Folge einer marktradikalen Ideologie und nicht schon im Recht der Gemeinschaft angelegt. Es war also wichtig, im Europawahlkampf konkrete Forderungen anstatt reiner Lippenbekenntnisse anzubieten, und das Positionspapier tut dies. Es sieht geeignete Maßnahmen vor, um den Mitgliedstaaten die Freiheit, über ihre Sozialmodelle selber zu bestimmen, wiederzugeben.

Einen Erfolg stellt das Papier auch für die SPD Steglitz-Zehlendorf dar, die schon frühzeitig die Forderung nach einer sozialen Fortschrittsklausel gestellt hatte. Der nächste Schritt wird sein, die erforderlichen Mehrheiten im Europäischen Parlament zu gewinnen.

SEBASTIAN KLÄHN

100 TAGE OBAMA – WOHIN GEHEN DIE USA?

Barack Obama wird weltweit gefeiert und ist der beliebteste amerikanische Präsident seit langem. Er erhielt bei den Wahlen rund 69 Millionen Stimmen, mehr als je ein Präsidentschaftskandidat für sich verbuchen konnte.

Die Abteilung Seenplatte diskutierte am 28. April 2009 mit Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Politik Nordamerikas an der FU Berlin, und dem Deutsch-Amerikaner Alan Benson, Mitglied der *democrats abroad*, über die ersten 100

Amtstage von Barack Obama und den neuen Weg der USA. Dabei ging es auch um die Frage, wie Obama so erfolgreich sein konnte, und welche Unterschiede es zwischen deutschen und amerikanischen Wahlkämpfen gibt.

Den Grund für Obamas Beliebtheit und seinen Wahlerfolg sieht Alan Benson vor allem in seinem äußerst professionell geführten Wahlkampf. Unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur stellte Obama ein Wahlkampfteam mit über 250 Mitarbeitern zusammen. Außerdem unterschied er sich von den anderen Kandidaten durch eine extrem hohe Medienpräsenz. So wurde kurz vor der Wahl auf fast allen amerikanischen Sendern ein halbstündiger TV-Wahlwerbespot über Obama und seine politischen Ziele gezeigt, der Rekorderlöschquoten erzielte. Außerdem wurden erstmalig – neben mehreren Obama-Websites – auch Plattformen wie Facebook und MySpace in den Wahlkampf eingebunden. Dadurch konnte Obamas Weg weltweit verfolgt werden.

So gelang ihm auch, was zuvor noch kein Präsidentschaftskandidat schaffte: Er konnte rund 600 Millionen US-Dollar an Spendengeldern sammeln. Das Besondere daran sei, so Benson, dass Obama, im Gegensatz zu seinem Konkurrenten John McCain, diese Spenden fast ausschließlich von Kleinspendern erhalten hat. Das sei einmalig in der amerikanischen Geschichte und verdeutliche auch, wie stark Obama die Massen für sich mobilisieren konnte.

Prof. Ekkehart Krippendorff betonte, dass es einen fundamentalen Unterschied

zwischen Wahlkämpfen in den USA und Europa gibt und bezeichnete Deutschland als „müde Nation“. Ein so großer politischer Enthusiasmus, wie man ihn in den letzten Monaten in Amerika beobachten konnte, sei hierzulande nicht denkbar.

Den Einwand, dass Personenkult in Deutschland aufgrund der Vergangenheit eher unpassend sei und Inhalte in der Politik vor den Personen stehen sollten, wies er zurück: Natürlich gebe es in der Bundesrepublik andere Voraussetzungen, dennoch sollte die deutsche Politik von Obama abgucken und mitziehen. Immerhin sei Obama auf gutem Wege, Amerika aus dem Trauma der Bush-Ära zu befreien. Sein wichtigster Slogan „Yes, we can!“ könne auch für Deutschland als Inspiration dienen.

Doch der Medienrummel um Obama hatte auch seine negativen Seiten, wie Alan Benson bemerkte. So vermisste er zu Beginn des Wahlkampfes oftmals Inhalte. Es war vielmehr die Neugier auf etwas Neues, das viele an ihm begeisterte. Auch hat Barack Obama im Vergleich zu seinen Konkurrenten wie Hillary Clinton wenig Erfahrung auf der politischen Bühne. Dies gleiche er jedoch durch seine Intelligenz und sein Wissen aus. Ekkehart Krippendorff ergänzte, dass Obamas Vorteil vor allem darin liege, dass er durch viele Reisen eine umfangreiche kulturelle Bildung und eine große Basiserfahrung besitze. Zudem sei er jemand, der zuhören und nicht predigen wolle. Diese Form der Nichtarroganz sei ein wesentlicher Grund für seine Beliebtheit.

WIR GRATULIEREN ALLEN GEBURTSTAGKINDERN, INSBESONDERE IN DER

- Abt. 1:** 13.7. Peter Ulrich, 81 Jahre; 20.7. Totila Pauli, 70 J.; 14.8. Helmut Reihlen, 75 J.; 22.8. Harro Thomaschky 80 J.; 29.8. Jürgen Fijalkowski, 81 J.; 30.8. Eberhardt Fritzsche, 80 J.
- Abt. 2:** 12.6. Walter Koenecke, 96 J.; 13.6. Joachim Grüneberg, 70 J.; 22.6. Walter Heil, 85 J.; 31.7. Angela Benke, 87 J.; 5.8. Kurt Rychlik, 89 J.; 17.8. Helmut Steinig, 84 J.
- Abt. 3:** 20.6. Harald Theis, 82 J.; 8.7. Eberhard Barth, 80 J.; 24.7. Erika Sinha, 70 J.
- Abt. 4:** 1.6. Ingeborg Schröter, 84 J.; 18.6. Jürgen Veit, 70 J.; 28.6. Paula Henning, 97 J.; 25.7. Wolfgang Fechner, 75 J.
- Abt. 5:** 5.6. Gert Schubert, 83 J.; 21.6. Sonja Arndt, 80 J.; 22.6. Ursula Schubert, 83 J.; 6.7. Hans-Joachim Arndt, 89 J.; 5.8. Ilse Roschanski, 84 J.; 11.8. Guenter Lenz, 84 J.; 12.8. Bruno Pranschke, 89 J.
- Abt. 6:** 13.6. Gero Gandert, 80 J.; 28.6. Günter Kuppe, 81 J.; 17.7. Günter Brosius, 83 J.; 21.7. Ingrid Müller, 70 J.
- Abt. 7:** 4.7. Edith Jungeberg, 82 J.; 10.7. Ursula Köppen, 86 J.; 27.7. Horst Jungeberg, 80 J.; 8.8. Karlheinz Fischer, 83 J.
- Abt. 8:** 5.6. Heinz Giese, 90 J.; 14.6. Dieter Baumeister, 75 J.; 19.6. Leonore Adam, 84 J.; 22.6. Anneliese Neubauer, 86 J.; 23.6. Ulrich Hässelbarth, 81 J.; 16.7. Hans Arendt, 81 J.; 19.7. Heinz Bonar, 84 J.; 27.7. Heinz Striek, 91 J.; 29.7. Ulrich Müller 80 J.; 31.7. Ilse Striek, 90 J.; 3.8. Joachim Dikau, 80 J.; 25.8. Wanda Elsholz, 92 J.
- Abt. 9:** 5.7. Helmut Stange, 75 J.; 19.7. Dieter Kruber 70 J.; 30.7. Dieter Karwath, 70 J.
- Abt. 10:** 9.7. Katharina Hirsch, 89 J.; 23.7. Ulrich Schaeffer, 82 J.; 18.8. Erhard Lietzau, 75 J.
-

Eine Prognose, wie Amerikas Weg in die Zukunft aussehen wird, wollten beide Referenten nicht wagen. Es gilt vielmehr abzuwarten, ob und wie Obama seine Wahlkampfversprechen umsetzen wird. Zu diesen gehörten unter anderem der Abzug aus dem Irak, eine größere Energieunabhängigkeit und die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung. Da die meisten Gesetze durch den Kongress gehen müssen, seien Erfolge in der Kürze der Zeit noch nicht zu erwarten. Schritte in die richtige Richtung habe es laut Krippendorff jedoch schon gegeben: Obama hat eine Einkommenshöchstgren-

ze für seine Mitarbeiter festgelegt und den Einfluss von Lobbyisten beschränkt, indem er die Regelung eingeführt hat, dass Politiker für mindestens zwei Jahre nach ihrer politischen Tätigkeit keine Lobbyarbeit betreiben dürfen. Vor allem aber hat sich Obama für die Verbrechen Amerikas, die während der Bush-Ära begangen worden sind, entschuldigt. Dies sei ein äußerst positives Signal nach außen, vor allem an die islamische Welt.

Bleibt zu hoffen, dass Barack Obama die Erwartungen der Welt nicht enttäuscht und bei der kommenden Bundestagswahl vielleicht auch ein bisschen mehr Politik-

begeisterung auf die „müde Nation“ Deutschland überschwappt.

HOLGER THÄRICHEN, NICOLE SIEWERT

FRAUEN BEVORZUGT

Tolle Überschrift im Tagesspiegel vom 3. Mai (Jörg Königsdorf, S. 30).

Dies ist keine Zukunftsprognose für die Entwicklung der SPD als Ausgleich für Männerdominanz bis einschließlich 2009. Nein! Hier fordert ein Mann, er wolle mehr Dirigentinnen hören. Er listet dann eine ganze Riege hochqualifizierter und international renommierter Dirigentinnen auf, die lediglich im Konzerthausorchester ihr Können zeigen dürfen. Es ist sicher davon auszugehen, dass in den anderen Musikinstitutionen der verengte, historisch bedingte Blick keine qualifizierten Frauen sieht. So etwas passiert ja auch unserem Kultursenator.

Als eine in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erprobte Frau – zwei Legislaturperioden im Berliner Abgeordnetenhaus und die Ehrung für 40 Jahre SPD-Mitgliedschaft liegen hinter mir – weiß ich, der Fortschritt ist eine Schnecke. Ich sehe aber hier in der Gesellschaft einen Fortschritt. Ein Mann fordert die geschlechtergerechte Bewertung von Leistung in Führungspositionen, und dies nicht am internationalen Frauentag, sondern aus Überzeugung. Die SPD ist sicher Geburtshelferin dieser Entwicklung. Aber wie viele Hebammen verliert sie danach ihr Kind aus den Augen. Leider bricht damit auch der Kontakt zu den Müttern und Frauen ab. Denen frau in Wahlkämpfen

auch schwer vermitteln kann, dass in der alten Tante SPD immer ein Mann den Listenplatz 1 erhält; freie Listenplätze irgendwie genetisch bedingt männlich sind und Vorstandsposten entgegen der Gesetzeslage unter Ausschluss von Frauen vergeben werden. Die Begründung lautet wie immer (siehe oben): Es gab keine qualifizierten Frauen.

Bevor ich zur Belohnung in Form einer kleinen musikalischen Aufmunterung, bevorzugt für Frauen, komme, möchte ich noch eine kurze wahre und erhellende Anekdote erzählen. Als Hildgard Hamm-Brücher, eine Frau die aus gradliniger Überzeugung ihre langjährige politische Heimat 2002 verließ, danach von mir in meiner Eigenschaft als Bundesvorsitzende des Deutschen Staatsbürgerinnenverbandes als Frau des Jahres geehrt wurde, erfuhren wir, dass sie zu Beginn ihrer politischen Karriere auf Kreisebene die Anzahl von Frauen in Orchestern ihres Einflussbereiches dadurch erhöhte, dass sie ein Vorspielen grundsätzlich anonym hinter einem Vorhang verfügte. Den Blick durch den Vorhang behindert, erwarben männliche Entscheider ungeahntes Hörvermögen. Allen Genossen wünsche ich eine Verbesserung ihres Hörvermögens in alle Richtungen.

Für Genossinnen wird die ASF Steglitz-Zehlendorf zwei Konzertkarten für Donnerstag, den 11. Juni verlosen. Die Chinesin Xian Zhang, Chefdirigentin des Mailänder Sinfonie-Orchesters, dirigiert das Konzerthausorchester.

EVELINE NEUMANN

Regionalbüro Steglitz-Zehlendorf

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo + Do 10–14h und Fr 14–18h.

Telefon: 766 79 854,

Fax: 766 79 856

E-Mail:

steglitz-zehlendorf@spd-berlin.deWeb: www.spd-suedwest.de**Nächste Ausgabe****Redaktionsschluss** für Nummer 42(Sept.—Okt. 2009) ist am **3. 8. 2009**.

Genossinnen und Genossen, die einen Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis zum Redaktionsschluss in digitaler Form einreichen: per E-Mail an sww@suedwest.spd-berlin.de. Textformate: txt (ohne Zeilenumbrüche) oder doc (MS-Word).

Bürgerbüro des Bundestagsabgeordneten**Klaus Uwe Benneter**

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin,

Telefon 818 20 878. E-Mail:

klaus-uwe.benneter@wk.bundestag.deWeb: <http://www.benneter.de>Bundestagsbüro: Unter den Linden 50,
10117 Berlin,

Telefon 227 77 174, Fax 227 76 174

Impressum**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei
Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf**V. i. S. d. P.:** Lutz Ihlenburg c/o SPD
Steglitz–Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249
Berlin**Redaktionsteam:** Dr. Lutz Ihlenburg,
Klaus Spychalski.**Druck:** Robert Podzuweit, 721 61 73

Der Südwestwind im Internet: <http://www.spd-suedwest.de/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.
